



Anhang A2-1: **Rechtliche Umsetzung der in Artikel 11 Abs. 3 EG-WRRL aufgeführten „grundlegenden Maßnahmen“ - Verankerung von grundlegenden Maßnahmen auf Länderebene (Land Sachsen-Anhalt)**

EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe a): Maßnahmen zur Umsetzung gemeinschaftlicher Wasserschutzvorschriften einschließlich der Maßnahmen gemäß den Rechtsvorschriften nach Artikel 10 und Anhang VI Teil A:	
➤ Richtlinien nach Art. 10 Abs. 2 (erster bis dritter Spiegelstrich):	
Richtlinie 96/61/EG des Rates vom 24.09.1996 über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248) Abwasseremissionserklärungsverordnung vom 4. Dezember 2001 (GVBl. LSA S. 530)
Richtlinie 91/271/EWG des Rates vom 21.05.1991 über die Behandlung von kommunalem Abwasser	Verordnung über kommunales und Industrieabwasser bestimmter Branchen vom 18. November 1997 (GVBl. LSA S. 970), geändert durch Verordnung vom 5. Dezember 2001 (GVBl. LSA S. 536)
Richtlinie 91/676/EWG des Rates vom 12.12.1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen	
➤ Richtlinien nach Art. 10 Abs. 2 (vierter Spiegelstrich): nach Art. 16 WRRL	
➤ erlassene Richtlinien (noch nicht verabschiedet)	
➤ Richtlinien nach Art. 10 Abs. 2 (fünfter Spiegelstrich): in Anhang IX der EG- Wasserrahmenrichtlinie aufgeführte Richtlinien	
Richtlinie 82/176/EWG des Rates vom 22.03.1982 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen aus dem Industriezweig Alkalichloridelektrolyse	
Richtlinie 83/513/EWG vom 24.10.1983 über Cadmiumableitungen	
Richtlinie 84/156/EWG des Rates vom 17.03.1984 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für Quecksilberableitungen mit Ausnahme des Industriezweigs Alkalichloridelektrolyse	
Richtlinie 84/491/EWG des Rates vom 9.10.1984 betreffend Grenzwerte	



EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
und Qualitätsziele für Ableitungen von Hexachlorcyclohexan	
Richtlinie 86/280/EWG des Rates vom 12.06.1986 betreffend Grenzwerte und Qualitätsziele für die Ableitung bestimmter gefährlicher Stoffe im Sinne der Liste I im Anhang der Richtlinie 76/464/EWG	
➤ Richtlinien nach Art. 10 Abs. 2 (sechster Spiegelstrich): sonstige einschlägige Vorschriften des Gemeinschaftsrechts (soweit nicht Anhang VI Teil A)	
Richtlinie 2006/118/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12.12.2006 zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung	
Richtlinie 75/440/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 über die Qualitätsanforderungen an Oberflächenwasser für die Trinkwassergewinnung in den Mitgliedstaaten	Verordnung über die Qualitätsanforderungen an oberirdische Gewässer für die Trinkwassergewinnung und deren Überwachung vom 17. April 1997 (GVBl. LSA S. 483)
Richtlinie 2006/44/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 6. September 2006 über die Qualität von Süßwasser, das schutz- oder verbesserungsbedürftig ist, um das Leben von Fischen zu erhalten	Verordnung über die Qualität von schutz- oder verbesserungsbedürftigem Süßwasser zur Erhaltung des Lebens von Fischen (Fischgewässerqualitätsverordnung) vom 26. September 1997 (GVBl. LSA S. 860)
Richtlinie 2006/113/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über die Qualitätsanforderungen an Muschelgewässer	
Richtlinie 2000/76/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Dezember 2000 über die Verbrennung von Abfällen	Verordnung für Abwasser aus der Verbrennung von Abfällen vom 8. Mai 2003 (GVBl. LSA S. 106)
Richtlinie des Rates vom 19. März 1987 zur Verhütung und Verringerung der Umweltverschmutzung durch Asbest (87/217/EWG)	
➤ Rechtsvorschriften nach Anhang VI Teil A (sofern nicht schon in Art. 10 WRRL genannt):	
Richtlinie 2006/7/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 15.02.2007 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung und zur Aufhebung der Richtlinie 76/160/EWG	Verordnung über Anforderungen an Badegewässer und deren Überwachung (Badegewässerverordnung) vom 29. Juli 1998 (GVBl. LSA S. 294)
Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG des Rates vom 29.04.1979	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23. Juli 2004 (GVBl. LSA 2004 S. 454), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2005 (GVBl. LSA 2005,



EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
	S. 769) Verordnung über die Errichtung des ökologischen Netzes Natura 2000 vom 23. März 2007 (GVBl. LSA 2007, S. 82)
Richtlinie des Rates vom 15. Juli 1980 über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (80/778/EWG)(Trinkwasserrichtlinie) in der durch die Richtlinie 98/83/EG geänderten Fassung,	
Richtlinie 96/82/EG des Rates vom 14.01.1997 über schwere Unfälle (Sevesorichtlinie)	
Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 05.07.1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung, zuletzt geändert durch die Richtlinie 97/11/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14.03.1997	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung im Land Sachsen-Anhalt und die Anpassung des Landesrechts vom 27. August 2002 (GVBl. LSA S. 372), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2004 (GVBl. LSA S. 454) Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248)
Richtlinie des Rates 86/278/EWG vom 12. Juni 1986 über den Schutz der Umwelt und insbesondere der Böden bei der Verwendung von Klärschlamm in der Landwirtschaft	
Richtlinie 91/414/EWG des Rates vom 15.07.1991 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln	
Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21.05.1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (FFH-Richtlinie)	Naturschutzgesetz des Landes Sachsen-Anhalt vom 23. Juli 2004 (GVBl. LSA 2004 S. 454), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 2005 (GVBl. LSA 2005, S. 769) Verordnung über die Errichtung des ökologischen Netzes Natura 2000 vom 23. März 2007 (GVBl. LSA 2007, S. 82)
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe b): Maßnahmen die als geeignet für die Ziele des Art. 9 angesehen werden	
	Ausführungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zum Abwasserabgabengesetz in der Fassung vom 20. Dezember 2005 (GVBl. LSA S. 800) Kommunalabgabengesetz (KAG-LSA) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Dezember 1996 (GVBl. LSA S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 18.



EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
	November 2005 (GVBl. LSA S. 698)
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe c): Maßnahmen, die eine effiziente und nachhaltige Wassernutzung fördern, um nicht die Verwirklichung der in Art. 4 WRRL genannten Ziele zu gefährden	
	Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs 1992) RdErl. des MU vom 7. Januar 1993 (MBI. LSA S.690), geändert durch RdErl. des MRLU vom 5. Dezember 2001 (MBI. LSA Nr. 7/2002, S. 109)
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe d): Maßnahmen zur Erreichung der Anforderungen nach Art. 7, einschließlich Maßnahmen zum Schutz der Wasserqualität, um den bei der Gewinnung von Trinkwasser erforderlichen Umfang der Aufbereitung zu verringern	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248)), hier insbesondere durch ausführende und ergänzende Vorschriften für Wasserschutzgebiete in §§ 48 bis 53 WG LSA
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe e): Begrenzungen der Entnahme von Oberflächensüßwasser und Grundwasser sowie der Aufstauung von Oberflächensüßwasser, einschließlich eines oder mehrerer Register der Wasserentnahmen und einer Vorschrift über die vorherige Genehmigung der Entnahme und der Aufstauung. Diese Begrenzungen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert. Die Mitgliedstaaten können Entnahmen oder Aufstauungen, die kleine signifikante Auswirkungen auf den Wasserzustand haben, von diesen Begrenzungen freistellen.	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248, hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, nach § 31e WG LSA entsprechende Erlaubnisse regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen, Widerruf von Bewilligungen nach § 18 WG LSA
Art. 11 Abs. 3 Buchstabe f): Begrenzungen, einschließlich des Erfordernisses einer vorherigen Genehmigung von künstlichen Anreicherungen oder Auffüllungen von Grundwasserkörpern. Das verwendete Wasser kann aus Oberflächengewässern oder Grundwasser stammen, sofern die Nutzung der Quelle nicht die Verwirklichung der Umweltziele gefährdet, die für die Quelle oder den angereicherten oder vergrößerten Grundwasserkörper festgesetzt wurden. Diese Begrenzungen sind regelmäßig zu überprüfen und gegebenenfalls zu aktualisieren.	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248), hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, nach § 31e WG LSA entsprechende Erlaubnisse regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen, Widerruf von Bewilligungen nach § 18 WG LSA



EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe g): bei Einleitungen über Punktquellen, die Verschmutzungen verursachen können, das Erfordernis einer vorherigen Regelung, wie ein Verbot der Einleitung von Schadstoffen in das Wasser, oder eine vorherige Genehmigung oder eine Registrierung nach allgemein verbindlichen Regeln, die Emissionsbegrenzungen für die betreffenden Schadstoffe, einschließlich Begrenzungen nach den Artikeln 10 und 16, vorsehen. Diese Begrenzungen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.</p>	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248), hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, nach § 31e WG LSA entsprechende Erlaubnisse regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen, Widerruf von Bewilligungen nach § 18 WG LSA
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe h): bei diffusen Quellen, die Verschmutzungen verursachen können, Maßnahmen zur Verhinderung oder Begrenzung der Einleitung von Schadstoffen. Die Begrenzungen können in Form einer Vorschrift erfolgen, wonach eine vorherige Regelung, wie etwa ein Verbot der Einleitung von Schadstoffen in das Wasser, eine vorherige Genehmigung oder eine Registrierung nach allgemein verbindlichen Regeln erforderlich ist, sofern ein solches Erfordernis nicht anderweitig im Gemeinschaftsrecht vorgesehen ist. Die betreffenden Begrenzungen werden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.</p>	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248), hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, nach § 31e WG LSA entsprechende Erlaubnisse regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen, Widerruf von Bewilligungen nach § 18 WG LSA
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe i): bei allen anderen nach Artikel 5 und Anhang II ermittelten signifikanten nachteiligen Auswirkungen auf den Wasserzustand insbesondere Maßnahmen, die sicherstellen, dass die hydromorphologischen Bedingungen der Wasserkörper so beschaffen sind, dass der erforderliche ökologische Zustand oder das gute ökologische Potential bei Wasserkörpern, die als künstlich oder erheblich verändert eingestuft sind, erreicht werden kann. Die diesbezüglichen Begrenzungen können in Form einer Vorschrift erfolgen, wonach eine Genehmigung oder eine Registrierung nach allgemein verbindlichen Regeln erforderlich ist, sofern ein solches Erfordernis nicht anderweitig im Gemeinschaftsrecht vorgesehen ist. Die betreffenden Begrenzungen wurden regelmäßig überprüft und gegebenenfalls aktualisiert.</p>	
	Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248), hier insbesondere durch die Pflicht der zuständigen Wasserbehörden, nach § 31e WG LSA entsprechende Erlaubnisse regelmäßig zu überprüfen und ggf. anzupassen, Widerruf von Bewilligungen nach § 18 WG LSA



EU-Richtlinien	Landesrecht (Sachsen-Anhalt)
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe j): das Verbot der direkten Einleitung von Schadstoffen in das Grundwasser nach Maßgabe der nachstehenden Vorschriften: (....)</p>	
	<p>Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248), hier insbesondere die Bestimmungen zur Erteilung von Erlaubnissen und Bewilligungen</p>
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe k): im Einklang mit den Maßnahmen, die gemäß Artikel 16 getroffen werden, Maßnahmen zur Beseitigung der Verschmutzung von Oberflächenwasser durch Stoffe, die in der gemäß Artikel 16 Absatz 2 vereinbarten Liste prioritärer Stoffe aufgeführt sind, und der schrittweisen Verringerung der Verschmutzung durch andere Stoffe, die sonst das Erreichen der gemäß Artikel 4 für die betreffenden Oberflächenwasserkörper festgelegten Ziele durch die Mitgliedstaaten verhindern würden.</p>	
<p>Art. 11 Abs. 3 Buchstabe l): alle erforderlichen Maßnahmen, um Freisetzungen von signifikanten Mengen an Schadstoffen aus technischen Anlagen zu verhindern und den Folgen unerwarteter Verschmutzungen, wie etwa bei Überschwemmungen, vorzubeugen und/oder zu mindern, auch mit Hilfe von Systemen zur frühzeitigen Entdeckung derartiger Vorkommnisse oder zur Frühwarnung und, im Falle von Unfällen, die nach vernünftiger Einschätzung nicht vorhersehbar waren, unter Einschluss aller geeigneter Maßnahmen zur Verringerung des Risikos für die aquatischen Ökosysteme.</p>	
	<p>Wassergesetz für das Land Sachsen-Anhalt in der Fassung vom 12. April 2006 (GVBl. LSA S. 248) hier insbesondere durch Regelungen und Verbote zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen in Überschwemmungsgebieten nach § 97 WG LSA und im Gewässerschonstreifen nach § 94 WG LSA</p>